

Antrag von Andreas Neugebauer vom 29.07.2014

Eingang: Di. 29.07.2014 08:35

Einreicher: Andreas Neugebauer

Typ: Antrag

Antrag/Anfragestellung: Fraktion

Fachausschuss: A1

Verwaltungsausschuss: Ja

Rat: Ja

Betreff: Zukünftiger Umgang mit dem Blindenleitstreifen

Text: Die Fraktion der Piratenpartei Delmenhorst beantragt, einen der folgenden Punkte alternativ als Beschluss des Rates zu fassen.

Variante A:

Der Blindenleitstreifen in dem Abschnitt zwischen der Bismarckstrasse und der Langen Strasse wird in der bisherigen Form beibehalten. Die Stadt Delmenhorst stellt durch entsprechende Ordnungsmaßnahmen sicher, dass der Leitstreifen nicht durch parkende Automobile überstellt wird. Die Satzung für die Nutzung des Marktplatzes durch Märkte und andere Veranstaltungen wird dahingehend angepasst, dass ein Überbauen des Leitstreifens nicht mehr zulässig ist.

Variante B:

Der Blindenleitstreifen wird in dem Abschnitt zwischen der Bismarckstrasse und der Langen Strasse ersatzlos entfernt.

Variante C:

Die Stadt Delmenhorst verlegt den Verlauf des Blindenleitstreifens zwischen der Bismarckstrasse und der Langen Strasse von dem jetzigen Standort auf die der Markthalle zugewandte Seite des Marktplatzes, vorbei an der Markthalle in Richtung Stadtwall und erschliesst die Fußgängerzone durch die Gartenstrasse. Durch diese Führung des Blindenleitstreifens werden ebenfalls die Bushaltestellen am Stadtwall mit erschlossen. Die hierfür nötigen Haushaltsmittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.

Begründung:

Nach Ablauf der Testphasen und weiterer Beratung mit dem Behindertenbeirat ist die Fraktion der Piratenpartei Delmenhorst nicht mehr bereit, die andauernde Nichtbenutzbarkeit des Blindenleitstreifens hinzunehmen. Die Gespräche zwischen der Verwaltung und den betroffenen Gruppen haben bisher zu keinem Konsens geführt. Die Piratenpartei strebt daher jetzt eine politische Entscheidung über den weiteren Umgang mit dem Blindenleitstreifen an. Gerade auch vor dem Hintergrund der umfangreichen Inklusionsbemühungen auf allen staatlichen Ebenen erscheint das als zwingend geboten.